

15. Juli 2020

Artikel

Die perfekte Symbiose	Seite 1
Soviel Unverschämtheit	
müsste bestraft werden	Seite 2
Warten auf eine alternati-	
ve Verkehrspolitik	Seite 3
Fünf nach Zwölf -	
ökonomisch gesehen	Seite 4

Impressum: ViSdP Joachim F. Gogoll

Herausgeber Oton für Attac-COE.

Büro: Detmolder Straße 9

45896 Gelsenkirchen

www.attac-coe.de

Mail: [jfgogoll\(at\)aol.com](mailto:jfgogoll(at)aol.com)

Mobil: 0175-9505101

Die perfekte Symbiose



© Joachim F. Gogoll

Soviel Unverschämtheit müsste eigentlich bestraft werden

Sind wir eigentlich blöd, dass wir uns durch Billigfleisch ruinieren?

Natürlich klingt es arrogant, wenn man empfiehlt, nur noch Bio-Fleisch zu essen. Immerhin sind gut 43% der Bundesbevölkerung finanziell gezwungen, auf Fleisch zurückzugreifen, dass das Bio-Qualitätssiegel nicht erhalten hat.

Aber preiswert heißt nicht immer Abfallfleisch. Es gibt auch Fleisch, dass nicht durch Erpressermethoden unter großem Preisdruck der Handelsriesen in die Regale der Supermärkte und Discounter kommt.

Unser Wirtschaften mit immer größer werdenden Agrarbetrieben verlangt nach immer billiger werdendem Fleisch, damit Marktanteile erobert und gehalten werden können. Die konventionellen Bauern sind gezwungen, wollen sie ihre Höfe nicht aufgeben, für solche Märkte zu produzieren. Dabei geht natürlich die Fleischqualität vor die

Hunde. Fleisch, das als großes Stück in der Pfanne landet, wird durch den enormen Wasseranteil zu einem kleineren fertig gebratenen Stück.

Um Krankheitsausbrüche in den Massentierställen zu verhindern, werden oft verbotenerweise vorbeugend Antibiotika eingesetzt, was letztendlich dazu führt, dass antibiotikaresistente Keime entstehen, die dann zu großen gesundheitlichen Problemen für uns Menschen führen. Nur mal so als Vorschlag: Wie wärs, wenn man den Fleischverzehr auf dreimal die Woche begrenzen würde? Dann wäre ein Verzehr von Qualitätsfleisch auch für Geringver-



diener möglich. Damit würde solchen für Tier und Mensch gesundheitsgefährdenden Tierhaltungen in Großmastbetrieben etwas Wasser abgegraben und auch kleinere Agrarbetriebe könnten ihr Fleisch zu akzeptablen Preisen anbieten. Wir müssen uns nicht gezwungenermaßen zu Tode essen.

Ein paar Fakten zur Fleischproduktion

Die Gesamtfleischproduktion Deutschland pro Jahr liegt bei 5,04 Millionen Tonnen. Tönnies, wo Tag für Tag 20000 Schweine geschlachtet und verarbeitet werden, hat einen Anteil von 30,3% der Gesamtproduktion. Westfleisch liegt mit 14%, Vion mit 13,8% und Danish Crown mit 6% dahinter. Damit haben alle o.g. Unternehmen annähernd zwei Drittel der Fleischproduktion in Deutschland.

Pro Kopf verbaruchen wir ca. 60 kg Fleisch pro Jahr.

Der Anteil von Bio-Fleisch macht ungefähr 6% aus.

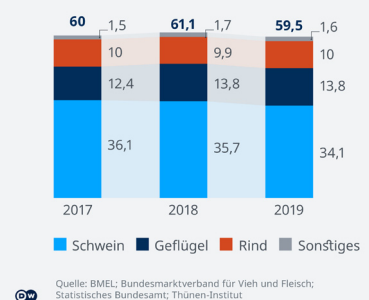
Während 1 kg Hähnchenfleisch konventionell erzeugt ca 2,80 € kostet, liegt der Preis bei BIO-Hähnchenfleisch bei 4,70 €. Rinderfilet konventioneller Preis ca. 40 € pro

kg, in BIO-Qualität 64 €. Schweinefleischpreis konventionell kg 17 € und 27 € in BIO. (Durchschnitt) Discounter haben in Deutschland einen Anteil von 22% am Gesamtfleischverkauf. Das macht ca 1,01 Millionen Tonnen aus.

Der Anteil an Billigfleisch, das in herkömmlichen Metzgereien bezogen und an die Kunden verkauft wird, liegt im Schätzungsbereich bei ca. 300000 Tonnen. Fazit: Wenn diejenigen, die glauben, unbedingt jeden Tag Fleisch essen zu müssen, nur noch dreimal in der Woche dieses tun, dann würde die Verzehrmenge um geschätzte 1,1 Millionen Tonnen sinken. Ein wahrer Segen für die Gesundheit von Millionen von Verbrauchern. Auch die fleischerzeugenden Landwirte

Fleischverzehr in Deutschland

Pro-Kopf-Konsum in Kilogramm



hätten davon keine Verluste, weil die Fleischpreise nicht weiter verfallen würden und die Großbetriebe nicht allein die Fleischmenge bestimmen würden, sondern auch die Klein- und Mittelbetriebe endlich zum Zuge kommen, weil die Discounter nicht die Kilopreise bis zur Schmerzgrenze der Bauern drücken könnten, weil die Nachfrage sinken würde.

Abgesehen davon würde es endlich zu einem Mehr an gesunder Tierhaltung führen.

Warten auf eine **alternative** Verkehrspolitik? Dann könnten wir auch weiter auf Godot warten

Verkehrspolitik fünf nach zwölf

Fragt man Autofahrer, wieviel sie mit ihrem KfZ zum Klimawandel beitragen, so ist die Antwort häufig, dass sie wissen, dass sie eine nicht unerhebliche Mitschuld an dem stattfindenden Klimadesaster mitzutragen haben. Persönliche Schlussfolgerungen daraus werden aber meist nicht gezogen, oder besser gesagt, können in den meisten Fällen nicht so ohne weiteres gezogen werden. Denn was bleibt ihnen oft denn als Alterna-

kaum Alternativen

tive zu ihrem individuellen Verkehrsmittel anderes übrig als das Autofahren, wollen oder müssen sie wie gewohnt ihren Arbeits- und Freizeitaktivitäten nachgehen. Bevor sich die Fans des ÖPNV oder des Fahrrades aber jetzt aufregen und zum Teil zu Recht auf vorhandene alternative Fortbewegungsmittel hinweisen, ist festzuhalten, dass es neben einem jahrzehntelang ausgedünnten Netz von Bus- oder Bahnlinien auch regional unterschiedliche Gegebenheiten hinsichtlich solcher Alternativen gibt. Nicht jeder, vor allen Dingen in ländlichen Bereichen hat die gleichen Möglichkeiten wie teilweise in städtischen.

Es dauert Jahre, bis wir solch ein Netz wieder aufgebaut haben. Aber sehen wir irgendwo den Beginn eines Wechsels in der ÖPNV-Politik? Eine Antwort ist nicht notwendig. Sollte irgendwann einmal eine politische Schnarnachse mit Einfluss aufwachen und einen Wechsel aktiv betreiben,

Stiefkind ÖPNV

dann gäbe es auch schon vorher die Gelegenheit, durch finanzielle Anreizen Teilen der notorischen Autofahrer finanzielle Anreize zum Wechsel zum bereits, wenn auch nur mangelhaft vorhandenen ÖPNV, zu geben. Beispiel gefällig?

Na gut. Wie wär's mit einer ÖPNV Jahresnetz-Karte für die einzelnen Bundesländer? Preis pro Tag 1 €.

Allein die Bundesregierung hat ein Corona-Finanzierungspaket von 500 Milliarden € auf den Weg gebracht. Sehr löblich, wenn es denn neben den sozialen Absicherungen von Unternehmen und Selbständigen sich auch zu einem größeren Teil um Fördermaßnahmen von nachhaltigen Projekten wie ÖPNV, Turboförderung von regenerativen Energien oder Wasserstoff- und E-Mobilität handeln würde.

Politik redet immer noch nicht über die Realität der Zerstörung durch den Autoverkehr. Zu groß ist die Angst, nicht mehr gewählt zu werden.

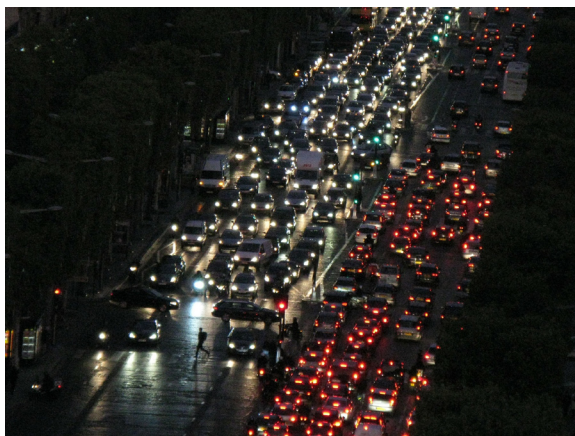
Alles, was das Thema Zukunftsfähigkeit angeht, gehört nicht zwangsläufig zu den offenen Themen der meisten Parteien. Die

Wähler danken es ihnen teilweise. Durch Verschweigen oder Weggucken wird die Situation immer gefährlicher. Das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik, eine alternative Verkehrspolitik zu erschaffen, schwindet. Entgegen allen Beteuerungen: Fünf vor zwölf ist es längst nicht mehr. Jetzt haben wir schon mindestens fünf nach zwölf. Es ist interessant zu beobachten, ob wir weiter pennen, bis alles zu spät ist, oder ob wir es schaffen, das Tempo

Zukunft? Fehlanzeige!

der Zerstörung unseres Heimatplaneten zu verlangsamen.

Warum von den 500 Milliarden € des Coronapaketes nicht 100 Milliarden in die Verkehrsinfrastruktur des ÖPNV stecken? Das sichert nicht nur Arbeitsplätze, das bringt sogar erst mal Tausende von neuen. Anschubhilfen des Bundes für die Entwicklung von Elektromobilität als schnelle Übergangslösung auf dem Weg weg von den Verbrennungsmotoren. Förderung der zurzeit einzigen möglichen zukünftigen Antriebsart „Wasserstoffantrieb“. Denn das Thema ist bisher gründlich vergeigt worden mit dem Ergebnis, dass in diesem Bereich keine schnelle Hilfe bei der Ablösung der Verbrennungsmotoren zu erwarten ist. Dabei wäre diese Antriebsart umweltschonender als die für den Antrieb von E-Autos notwendigen Batterien als Speichermedium. Stichwort hier die zurzeit in der Kritik stehende Art und Weise der Rohstoffgewinnung für die Batterieproduktion. In diesem Zusammenhang ist ein schnellst-



möglicher Ausbau der regenerativen Energiegewinnung von besonderer Bedeutung. Die Produktion von Wasserstoff benötigt Unmengen von Elektrizität. Eine 100%ige Gewinnung von Strom durch erneuerbare Energien ist dafür absolut erstrebenswert und unabdingbar. Auch das wäre ein mehr als geeignetes Konjunkturprogramm zur Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Lösungsvorschläge gibt es zu Hauf, allein das Rückgrat und der Wille der Politik fehlt.



Eine **bescheuerte** Verkehrspolitik

Keine Frage, Bundesverkehrsminister Scheuer ist nicht nur eine Fehlbesetzung, er ist ein Totalausfall. Kaum ein anderer Minister hat sich durch seine grotesk dumme Verkehrspolitik so blamiert, wie er das tat. Scheuer als Lobbyist der Autoindustrie, da wäre er am richtigen Platz. Aber als oberster Verkehrslenker sollte er eigentlich Schaden vom deutschen Volke abwehren. Auch von der Staatskasse, aber das tut er nicht. Sein Mautdesaster, geschuldet einem hemmungslos übersteigerten Größenwahn, der ihn dazu offenbar veranlasste zu glauben, die Entscheidung des EUGH vorhersehen zu können, hat ihn blind für die reale Welt gemacht. Durch seine Selbstüberschätzung und seine großkotzige Art hat er eben nicht seine Pflicht erfüllt, sondern den Steuerzahler annähernd eine halbe Milliarde Euro als Fehlinvestition gekostet.

Da er offensichtlich verantwortungslos ist, übernimmt er auch keine Verantwortung dafür und tritt nicht zurück.

Wovor hat er Angst? Vor dem freien Fall? Keine Angst, Herr Scheuer. Ihre Kumpane von der Automobilindustrie lassen Sie bestimmt nicht im Regen stehen.

-Cäpn Ahab-

Fünf nach Zwölf Ökonomisch schon längst

Was gibt es nicht alles für Menschen in verantwortlichen Positionen, die uns allen versuchen zu erklären, dass es nie ein besseres, weil effizientes Wirtschaftssystem gegeben hätte als heute.

Keine Frage, wer auf der Sonnenseite des Lebens geboren wurde und nicht gerade in einem Entwicklungsland, der unterschreibt das in der Regel sofort.

Nach der Zeit des Wiederaufbaus ging es den meisten Menschen in unserer Republik gut, bis auf einige Ausnahmen. Mit Beginn der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts war es aber damit vorbei. Zu dieser Zeit, als in Großbritannien und den USA die neoliberale Ökonomie Einzug in die Politik hielt und durch Margret Thatcher und Ronald Reagan politisch durchgesetzt wurde, begann eine bis dahin noch nie dagewesene Umverteilung der Vermögen von unten nach oben durch den Siegeszug einer Ökonomie, die allen weiszumachen versuchte, dass nur freie

Casino Ökonomie

Märkte auf der Welt für jeden Menschen ein Optimum an materieller Sicherheit und Zufriedenheit bringen würden. Eine entgrenzte Katastrophen-Ökonomie!

Fast automatisch begann die vorherrschende Pressemeinung, gegen den Sozialstaat zu wettern. Motto: Sozial muss man sich auch leisten können. Das Perfide daran war und ist, dass eben mit dieser negativen Meinung über den Sozialstaat gleichzeitig der Wettlauf der Unternehmen begann, wer am wenigsten Steuern zahlen muss. Die Gehirnwäsche der politisch Verantwortlichen nahm Fahrt auf und führte ganz schnell, aber unterschwellig zu einer anderen Denkungsweise, die im Laufe von wenigen Jahren

erfolgreiche Gehirnwäsche

die Politik dazu veranlasste, den Menschen eben diesen Abbau von Sozialleistungen als notwendige und positive Erungenschaften zu verkaufen.

So begann eine unheimliche Erfolgs-

story für wenige, sich auf Kosten der ärmeren Teile der Bevölkerung zu bereichern und dieser betrogenen Hälfte das auch noch als Notwendigkeit und Erfolg zu verklickern. Fast überall in Europa verschwanden die alten sozialdemokratischen Parteien fast vollständig oder wurden damals durch andere Parteien ersetzt, weil der Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern nichts an-

beralen Ökonomen von mehr Wohlstand für alle.

Jetzt wo nach Jahren einer vorhergesagten ökonomischen Fehlentwicklung viele Menschen der Politik nicht mehr glauben, beginnt der zweite Teil des Dramas, nämlich die Aushebelung und Zerstörung der demokratischen Strukturen in vielen Ländern.

**Wenn man tot ist
ist das für einen selbst nicht
schlimm, weil man ja tot ist,
nur die anderen müssen
damit zurecht kommen**

**Genauso ist das,
wenn man dumm ist.**

Doch anstatt dass sich progressive Kräfte zusammentun und versuchen, das Übel an der Wurzel zu packen und der Entwicklung eine nachhaltige und faire Richtung zu geben, macht die Mehrheit der politisch Verantwortlichen so weiter wie bisher. Sollten wir es in den näch-

sten drei Jahren nicht schaffen, das Ruder der Wirtschaft wieder hin zu einem fairen Sozialstaat herumzureißen, dann brauchen wir uns keine Gedanken mehr zu machen, ob es noch in unserer Hand, der Hand des Wählers, bleibt, für unsere Zukunft demokratisch zu sorgen. Die ökonomischen Kipppunkte, wie auch die ökologischen sind erreicht oder bereits überschritten. Entweder wir ändern aktiv etwas oder die wirtschaftliche Situation wird weltweit zu großen Unruhen und Kriegen führen und die klimatischen Bedingungen werden zu riesigen Umwälzungen in der Natur führen und damit zu unserem Schaden. Dann werden nämlich diejenigen, die heute schon aufgrund ihres Geldes das Sagen haben, noch mehr bestimmen, was zu tun ist, ohne uns zu fragen. Das wäre dann das folgerichtige Ende unserer Selbstbestimmung. Wir wollten es dann wohl nicht anders.

deres oder besseres einfiel, als auf den neoliberalen Wirtschaftszug mit aufzuspringen. Gerhard Schröder ist ein schlimmes Beispiel für Politiker, die sich dazu aufschwangen, den Sozialstaat durch falsche Veränderungen zu zerstören. Was ein CDU/FDP Politiker sich nicht hätte trauen wollen oder dürfen, das gelang ihm mit der Einführung der Hartz4-Gesetze, nämlich die Zerstörung der sozialen Ordnung und damit des sozialen Friedens, und lange nach seiner Zeit mit der Gefährdung der demokratischen Grundordnung, indem er die Menschen zu Teilen durch seine falsche Sozialpolitik in die Resignation und in die Arme von rechtsradikalen Antidemokraten wie der AFD trieb.

Im Sinne der Kapitaleseite hatte die Ökonomie begonnen, die Vermögen weiter ungerecht zu verteilen. Die Menschen glaubten zuerst an die falschen Versprechungen der neoli-